DURCHBLICK

Nr. 191 - Dezember 2015

Nachrichten der Seniorenvertretungen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Kritische Anmerkungen zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Günter Steffen

Die GKV ist leider nicht mehr vorwiegend nur für die Krankenversorgung und Vorsorgemaßnahmen zuständig. Die finanzielle Absicherung bei Krankheit hat über viele Jahrzehnte für alle Bevölkerungsgruppen in unserem Rechtsstaat gut funktioniert. Die Beitragssolidarität bei gleich hoher Beteiligung von Arbeitgebern und Krankenkassen-Mitgliedern war vorbildlich zu nennen. Nunmehr hat sich dieser Grundsatz völlig geändert. Der Arbeitgeberbeitrag ist für alle Zeiten – egal welche Ausgabensteigerungen anfallen – festgeschrieben.

Es gibt viele Gründe, warum seit einigen Jahren alle Reformbemühungen des Gesetzgebers nichts mehr an der Feststellung ändern:

Gesunde finanzielle Grundlagen für 90% der Bevölkerung, die in der gesetzlichen Krankenversicherung abgesichert sind, haben von Jahr zu Jahr weniger Bestand. In den vergangenen Jahren haben die Bundesregierungen versäumt, wirksame Zeichen zu setzen, sondern nur noch krankheitsbedingte Leistungen mit den Vorsorgeangeboten als Finanzierungsverpflichtungen festzulegen.

Die sogenannten “Rundum-Absicherungen” und Aktivitäten der Krankenkassen für Werbemaßnahmen und “Wohlfühlpakete” im eigenen Interesse sowie unter Einsatz tausender Kassenmitarbeiter, die Finanzierungen für Zusatzurlaube sowie Kururlaube und die Übernahme versicherungsfremder Aufwendungen hätten nicht noch ausgeweitet, sondern gestrichen werden müssen. Heute belasten viele Milliarden Euro die Mitgliedsbeiträge aufgrund der erwähnten “Wohlfühlpakete” und Angebotspaletten, die nicht im Zusammenhang mit einer akuten Krankenversorgung stehen. Im übrigen hat der Gesetzgeber es bewusst versäumt, eine durchgreifende Strukturreform mit der Zielsetzung der Einsparung überhöhter Verwaltungskosten bei den Krankenkassen und bei den Verbänden umzusetzen.

Ein Grundübel bestand von vornherein darin, dass der Staat weitgehend auf das Prinzip der Eigenverantwortung, auch für Besserverdienende in unserer Gesellschaft, verzichtete. Das Leistungsangebot für Diagnostik und Therapie wurde im Zusammenhang mit medizinischem und technischem Fortschritt enorm ausgeweitet. Die Entwicklung ist auch kostspieliger geworden, was allerdings nicht immer nachweislichen Notwendigkeiten entsprach. Trotz des Fortschritts ist es für Schwerstkranke nicht nachvollziehbar, wieso verbesserte Möglichkeiten von Therapien von den Entscheidern der Selbstverwaltung, also im “Gemeinsamen Bundesausschuss Ärzte/Krankenkassen/Krankenhäuser”, abgelehnt werden, weil sonst die Verteilungsgröße der Finanzen für die genannten Institutionen gekürzt werden müsste! Ein Beispiel dafür ist, wie unsere Bundestagsabgeordneten durch Mehrheitsbeschluss ankündigten, dass es recht zügig zu einer flächendeckenden Palliativversorgung kommen soll. Die Kehrseite ist, dass die Selbstverwaltungen von Krankenkassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen derartige Erfordernisse in vielen Regionen wegen der Nichteinigung der auszuhandelnden Vergütungen blockieren – schon jahrelang. Nicht der Gesetzgeber ist maßgebend, sondern die Institutionen verweigern die Umsetzungen.

Mit der Ausweitung der medizinischen Möglichkeiten in der Versorgungspalette für Patienten wurde eine Arztdichte, insbesondere in den Mittel- und Großstädten, von den Selbstverwaltungen zugelassen, die vergleichsweise in keinem anderen Land der Welt festzustellen ist. Das Angebot der staatlich geförderten Krankenhausbetten in Deutschland ist ebenfalls nirgendwo auf der Welt annähernd vergleichbar hoch. Hinzu kommt bei der Inanspruchnahme eines Krankenhauses, dass bei vorliegender Einweisungsverordnung die Kassen keine Gründe anführen dürfen, die Übernahme der entstehenden Kosten dann abzulehnen, wenn der Nachweis einer preiswerteren Klinik zur qualifizierten Versorgung möglich wäre. Es wurde leider bei Einführung der komplizierten diagnosebezogenen Vergütungen unberücksichtigt gelassen, die Krankenhäuser unter Preiswettbewerb zu stellen.

Bei den Gründen des Niedergangs unserer solidarischen und sozialen Krankenversicherung muss auch erwähnt werden, dass die Pharmalobby es über viele Jahre geschafft hat, ihre Hochpreispolitik in der

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

GKV umzusetzen. Somit ergeben sich mittlerweile höhere Ausgaben für Arzneimittel als Ausgaben für Honorare aller niedergelassenen Vertragsärzte. Das kapitalistische Bestreben der Pharmabranche, mit einer sehr langen zeitlichen Frist der komplizierten Preisbestimmung für hochwertige Medikamente, wurde von allen zurückliegenden Bundesregierungen zu Lasten der Krankenversicherung "ohne wenn und aber" akzeptiert. Gegenwärtig beobachtet die Öffentlichkeit, wie die Politik mit wenig Erfolg bemüht ist, dieses Rad der Preisspirale anzuhalten.

Unser Gesundheitssystem trägt sich auch nicht mehr durch Beitragssolidarität, weil sich unsere Gesellschaft weitgehend entsolidarisiert hat. Das individuelle Anspruchsdenken bewirkt, dass u.a. die finanzielle Waage zwischen Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben nicht mehr hergestellt werden kann. Der Mangel an Kindern treibt den Sozialstaat auf längere Sicht automatisch in den Ruin, denn unsere Gesellschaft wird immer älter. Gegenwärtig macht uns die Politik weis, dass die Flüchtlingswelle dazu beiträgt, die Einnahmen in den Sozialversicherungen mittelfristig zu steigern. Verschwiegen wird, dass die Ausgaben, besonders in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, nachhaltig steigen werden. Im übrigen glaube ich nicht, dass die Aufwendungen des Staates in der Krankenversorgung für Flüchtlinge längerfristig noch aus dem Steueraufkommen finanziert werden.

Zwischen 2010 und 2015 (im November hochgerechnet) ergeben sich rund 40 Mrd.€ Ausgabensteigerungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. D.h., die Ausgaben sind gemessen am Jahr 2010, in den zurückliegenden 5 Jahren um über 24 % angestiegen. Wenn die Ausgaben sich in diesem Ausmaß auch in den nächsten Jahren entwickeln – nichts kann als absehbar Entlastendes angeführt werden – dann werden die Zusatzbeiträge für die Mitglieder der Krankenkassen Jahr für Jahr um 0,3% bis 0,5% angehoben werden müssen. Auch die Erhöhung des Pflegebeitrages 2017 auf 2,55% kommt hinzu. Der/die Rentner/in in unserem Land wird dementsprechend höhere Abzüge ab 2016 Jahr für Jahr hinnehmen müssen. Die einmalig am 1.7.2016 angekündigte höhere Rentensteigerung wird durch diese erwähnten Beitragssteigerungen, zusammen mit den noch nicht bekannten Tarif- und Preissteigerungen im Gesundheitswesen, weitgehend wieder eliminiert.

Damit die Gesetzliche Krankenversicherung allein nur für den kranken Menschen einschließlich der Vorsorgemaßnahmen wieder zuständig wird, ist die Rückkehr zur solidarischen Absicherung und der Wegfall der Zusatzbeiträge unter folgenden Regelungen möglich:

- Umfassende Strukturreform zur Beseitigung der nicht notwendigen Verwaltungskosten bei den Krankenkassen und bei den vielen Verbänden
- Wegfall der Wohlfühlangebote und der freiwilligen Leistungen der Krankenkassen aus dem gesetzlichen Beitragsaufkommen
- Preisbildung für qualifizierte Krankenhausbehandlungen sowie Ausschreibungen der Heil- und Hilfsmittel im Kassenwettbewerb
- Streichung versicherungsfremder Leistungen
- Festlegung einer Arznei-Positivliste für Kassenärzte
- Streichung der Kururlaube aus Mitteln des gesetzlichen Beitragsaufkommens
- Einführung der elektronischen Versicherungskarte zur Einsparung von Doppel- und Mehrfachuntersuchungen

Wenn diese Maßnahmen umgesetzt würden, bräuchten die Krankenkassen keinesfalls mehr Zusatzbeiträge zu erheben. Durch die vielen Milliarden-Einsparungen könnten die heute wissenschaftlich nachweisbaren Therapien für Schwerstkranke zur Durchführung gelangen. Einige entscheidende Maßnahmen neuer Therapien wurden aus Gründen der fehlenden Finanzierbarkeit vom "Gemeinsamen Bundesausschuss Ärzte/Krankenkassen/Krankenhäuser" bisher abgelehnt.

Die nicht mehr mit dem gesetzlichen Beitragsaufkommen finanzierten Wohlfühlangebote und Alternativ-Leistungen sowie freiwillige Leistungen, die nicht im Gesetzbuch Fünf abgesichert sind, könnten selbstverständlich durch Zusatzbeiträge (Wahlleistungen) von den Krankenkassen auf Wunsch der Versicherten gewährt werden.

Die in den Parlamenten befindlichen Sachkenner im Gesundheitswesen sind zahlenmäßig leider nicht in der Lage, sich gegen die starken Truppen von "Gesundheitslobbyisten" zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung und der Rentner durchzusetzen.

Günter Steffen
www.guenter-steffen.de

Hilfe für ausgestoßene Großeltern

Kürzlich erreichte mich ein Flyer mit der Überschrift **„Wenn Großeltern ihre Enkel nicht mehr sehen dürfen..."**. Der Text des Flyers beschäftigt sich mit einer Situation, von der Großeltern im unglücklichsten Fall und aus unterschiedlichsten Gründen betroffen sein können: Sie

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

werden von der Teilnahme am Leben ihrer Enkelkinder ausgeschlossen.

Wer Enkelkinder hat und mit ihnen und ihren Familien in Frieden zusammenlebt, der weiß, welchen Wert eine gute Beziehung für alle Beteiligten haben kann. Großeltern, die sich gesundheitlich fit und aktiv fühlen, können z.B. berufstätige Eltern oft bei alltäglichen Aufgaben unterstützen, die elterliche Erziehung durch eigene langjährige Lebenserfahrungen ergänzen, die Familiengeschichte tradieren, Enkelkinder kreativ beschäftigen und sie dabei in unterschiedlichste Lebensbereiche einführen, sowie wertvolles Wissen und wichtige gesellschaftliche Normen vermitteln. In unserer Wohlstandsgesellschaft beschäftigt man sich ungern mit dem Altern und dem Tod. Gerade an diese beiden Aspekte des Lebens können Enkelkinder durch die Teilhabe am Leben ihrer Großeltern mit Ernstcharakter herangeführt werden.

Die Alten gewinnen den Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen viele positiven Seiten ab. Sie erfahren viel Freude, lernen selbst noch dazu, fühlen sich jünger und sind einbezogen in ein soziales Umfeld, sowohl vor Vereinsamung geschützt als auch immer noch nützlich für Familie und Gesellschaft. Aus eigenen Erfahrungen mit vier Enkelkindern kann ich diese Sichtweise bestätigen.

Auch wenn sich Großeltern in der Regel eine heile Familienwelt wünschen, bilden sich zwischen den verschiedenen Generationen ab und zu Reibungsflächen, aus denen Streitereien erwachsen können, die für die Jungen allerdings auch manchmal die Gelegenheit bringen, vernünftige Streitkulturen zu lernen. Im Normalfall sollte sich die Gewitterlage schnell wieder beruhigen.

Leider ist ein dauerhafter friedfertiger Umgang zwischen Großeltern, Kindern, Schwiegerkindern und Enkelkindern nicht immer gegeben. Häufiger als gedacht existieren traurige Familienverhältnisse, die allerdings üble Folgen sowohl für die betroffenen Älteren als auch für die Nachkommen im Kindes- und Jugendalter haben können. Mehr als 150.000 Kinder verlieren jährlich den Kontakt zu ausgegrenzten Familienmitgliedern. Darunter befinden sich eben auch sehr viele Großeltern.

Egal, welche Ursachen ein schwerer Familienstreit hat, für alle Betroffenen führt ein dauerhafter Kontaktabbruch erst zur Verfremdung, dann kommt das Misstrauen und am Schluss steht das Feindbild, das sich je nach Lage gegen jeden Beteiligten richten kann. Verhärten sich die Fronten in einem Streit, rechtfertigt man oft den Kontaktabbruch mit dem Argument, man ziehe sich zurück, weil wieder Ruhe einkehren müsse. Kinder sind dann besonders betroffen, werden auch häufig für persönliche Interessen instrumentalisiert. Sie sind großem Leid ausgesetzt, wenn sie zwischen die Fronten geraten und dadurch die Bindungen zu ihren familiären Bezugspersonen verlieren. Auch für die Großeltern bedeutet ein Kontaktabbruch eine Katastrophe, weil sie in ihrer letzten Lebensphase kaum auf eine Möglichkeit hoffen können, den Schaden zu reparieren, vor allem dann nicht, wenn das Altern zunehmend körperliche und geistige Probleme aufwirft.

Es sind inzwischen in der Öffentlichkeit viele solcher Fälle bekannt geworden. Die betroffenen Großeltern fühlen sich oft allein gelassen und sehr hilflos. Sie wollen wissen, warum sie ausgegrenzt werden und inwieweit die Schuld dafür bei ihnen liegt, ob sich der Schaden noch reparieren lässt, ob es rechtliche Eingriffsmöglichkeiten gibt, mit wem man fachgerecht sprechen und wer überhaupt helfen könnte.

Die anscheinend zunehmende Zahl ausgegrenzter Großeltern hat vermehrt Selbsthilfe-Initiativen entstehen lassen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Großmüttern und Großvätern durch das vertrauliche Sprechen in der Gruppe die oft krankmachende Trennung besser verarbeiten zu können.

Für die Region Bremen bietet sich die Selbsthilfegruppe

Verstoßene Großeltern Bremen

für Betroffene, die ihre Enkelkinder nicht sehen dürfen, an. Sie werden von dieser Initiative herzlich eingeladen, an den Treffen jeweils am **2. Dienstag im Monat von 16 - 18 Uhr** zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch teilzunehmen.

Infos & Gruppentreffen
beim Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Faulenstr. 31, 28195 Bremen
Telefon 0421 – 70 45 81
info@netzwerk-selbsthilfe.com

Gerd Feller

Seniorenforum

Unerwünschte Trauerkleidung?

Einer Todesanzeige im WESER-KURIER (07.11.15) entnehme ich, dass ein langjähriger Kollege verstorben ist. Die Trauerfeier für ihn fände am soundsovielten da und da statt. Er war ein durch und durch bürgerlicher Mensch. Dennoch lese ich in der Todesanzeige: „Von Trauerkleidung bitten wir abzusehen.“ Das schreiben die Erben. Ich frage: Wie kann es eine Trauerfeier ohne

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Trauerkleidung geben?! Kann es nicht. Also werden Trauerfeiern überhaupt aufhören.

Das passt zu einem Beitrag von Tobias Meyer im Weser-Kurier, der am 06.11.2015 zum Thema „Schrumpfende Mittelschicht“ erschien. Ja, die Mittelschicht, der Mittelstand hieß das früher, schrumpft. Bürgerliche Werte wie Würde, Anstand und Anmut verschwinden. Die Alten werden in der Zukunft gleich nach ihrem Ableben im hauseigenen Krematorium des Seniorenheims zu Asche verarbeitet. Manche Erben, sofern es überhaupt noch Erben gibt, wollen eine Urne zugeschickt bekommen. Die meisten verzichten darauf. Sie wissen nicht, was sie damit anfangen sollen, nicht einmal, wohin damit. (Wer hat schon ein Kaminsims?!). Was Trauerkleidung angeht, überlässt man es jedem selbst, wie er zu einer Trauerfeier geht.

Das ist der Trend. Für Erinnerungen an liebe Menschen ist bald nur noch in Form einer Datei Platz, in WORD, als JPG oder als PDF. Wenn überhaupt. Trotzdem sollte die ältere Generation an der Diskussion über die Sterbe- und Trauerkultur noch teilnehmen. **Martin Korol, Bremen**

Das Seniorenforum ist eine Rubrik, die allen interessierten Mitgliedern der Seniorengeneration die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen und Gedanken vorzutragen. Die Beiträge werden von der Redaktion aus den Zuschriften ausgewählt, können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser wieder. Voraussetzung für die Veröffentlichung ist, dass der Name des Autors genannt wird und dessen postalische Adresse vorliegt. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Zur Diskussion gestellt
von Gerd Feller

Weihnachten, bisher kein Fest des Friedens, aber eine weltweit lebenswichtige Botschaft

Weihnachten steht vor der Tür. Der zentrale Grund für dieses Fest der christlichen Gemeinden ist die Geburt Jesu Christi. Aber die Verkündung im Lukas-Evangelium, wo es heißt, „und Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind“ (Lk.2,14), meint wohl mehr, als dass nur an diesem Geburtstagsfest Frieden herrschen oder des Friedens als bester Option unseres Zusammenlebens gedacht werden sollte. Sie verweist darüber hinaus auf die christliche Friedenspflicht und die Aufgabe, mit sich selbst ins Reine zu kommen und mit anderen zusammen frei von Gewalt zu leben und alles zu tun, was dem inneren und äußeren Frieden auf unserer Erde dient.

Diese Hoffnung hat sich bisher nicht erfüllt, weil zu oft Einsicht und guter Willen fehlen. Auch 2015 haben wir keinen Grund, Weihnachten als Fest des Friedens zu feiern. Im Gegenteil! Es macht traurig, was sich an Unfrieden und Elend augenblicklich abspielt. Die Chance, auf unserem Planeten Frieden zu schaffen, ist in weite Fernen gerückt. Abgesehen von Australien und der Antarktis gibt es keinen Kontinent, auf dem nicht irgendwo kriegerische Scharmützel, schwere Konflikte oder ausgewachsene Kriege mit Tausenden von Opfern herrschen. Selbst der nordamerikanische Kontinent ist betroffen, wenn man Mexiko als südlichen Teil dazu zählt. Der Nahe Osten ist ein Hexenkessel geworden, an dem auch wir Deutsche uns heftig verbrennen können, wenn wir nicht bald mehr Verstand, Vernunft und Weitsicht einschalten.

Mit mir haben viele Menschen meiner Generation den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit hautnah und sehr prägend in Kindheit und Jugend erleben müssen. Wer den Krieg selbst erlebt hat, wird wohl niemals vergessen, wie seine Wirklichkeit aussieht und was Evakuierung und Flucht den betroffenen Menschen abverlangen. Ich kann mir nicht denken, dass meine Generation dem Krieg als Strategie zur Durchsetzung politischer Ziele noch irgendetwas abgewinnen kann. Ausnahme wäre der Zwang zur direkten Landesverteidigung.

Auf mich wirkt auch eine Diplomatie, die wegen ihrer politischen und ökonomischen Interessen mit dem Schicksal von Millionen Menschen spielt und sich dabei auch noch viel Zeit lässt, nur noch abstoßend. Wie anders könnte man das denn noch nennen, was gegenwärtig geschieht? Während die Menschen im Nahen Osten seit Jahren leiden, wird auf höchster Ebene um Besitz, Geschäft und Macht gepokert. Man ist stolz auf die political correctness, statt in dieser Situation klare Worte zu sprechen und alle Möglichkeiten der UNO auszuschöpfen, mit denen man verantwortungslosen Hitzköpfen das Menschenrechte verletzende Handwerk legen könnte. Stattdessen wird in die Krisengebiete Kriegsgerät geliefert und auf dem politischen Parkett auf Kosten vieler unschuldiger Menschen anscheinend auf ein Wunder gewartet oder mit kriegerischen Einsätzen geliebäugelt, die erfahrungsgemäß mehr schaden als nützen. Jedenfalls verhandeln die USA, Russland, die Türkei und die EU, ohne dass man echten Friedenswillen erkennt.

Zu den internationalen militärischen und politischen Konflikten gesellt sich noch der Unfrieden im Kleinen, die Gewalt im menschlichen Alltag zwischen einzelnen Personen und gesell-

(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

schaftlichen Interessengruppen. Darüber wird täglich in den Medien berichtet. Überfälle, die selbst alte und wehrlose Menschen nicht verschonen, Schießereien, Messerattacken und Betrug. Pegida schürt Ängste und macht Brandstiftern Mut, und selbstsüchtige Streitereien unter den politischen Eliten, wie sie z.B. zwischen CDU, CSU und SPD laufen, verhindern schnelles Handeln und verärgern das Wahlvolk, vor allem dann, wenn die Spitzenkräfte und Vorbilder in Politik und Wirtschaft zwar die christlichen Werte unserer Gesellschaft beschwören, sich selbst jedoch nicht daran halten. Das alles zeugt nicht von Friedenswillen.

Die Zahl der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft steigt, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Wenn wir nicht sehr aufpassen und nicht wieder mehr Vernunft und Menschlichkeit statt Geld- und Machtgier walten lassen, könnte unser demokratisches System gefährdet, wenn nicht sogar zerstört werden.

Wir können dankbar dafür sein, dass es noch viele Menschen gibt, die denjenigen, die in Not geraten sind, aufopferungsvoll helfen. Aber wir sollten trotz aller Hilfsbereitschaft und trotz unseres Wohlstands und unserer bitteren Erfahrungen im letzten Jahrhundert nicht vergessen, dass wir jederzeit aus der Bahn unseres Lebens geworfen werden können, nicht zuletzt durch die Ausbreitung von Gewalt und Unfrieden, sowohl in unserem Land als auch international. Deshalb wäre es schon hilfreich, wenigstens im eigenen Lande Gewalt zu vermeiden und Frieden zu wahren. Dazu gehört allerdings nicht nur die Bereitschaft, Menschlichkeit zu praktizieren, sondern es müssen auch die demokratisch gegebenen Gesetze akzeptiert und konsequent eingehalten und ihre Missachtung muss kompromisslos verfolgt werden.

Leider scheint es gesetzmäßig zu sein, dass jede Generation erst selbst erfahren muss, wie leidvoll das Leben sein kann. Deshalb ist wohl auch die Bereitschaft zum Risiko so groß. Man hört selten auf uns Alte und spottet gerne über unsere Lebenserfahrungen. Trotzdem sollte uns die Weihnachtsbotschaft vom Frieden immer wieder herausfordern und zur Einmischung ermutigen. Der Gewalt und dem Krieg muss Einhalt geboten werden. Wer von uns will am Ende seines Lebens noch einmal in den gleichen grauenvollen Schlamassel geraten wie in unserer Kindheit und Jugend? Wir haben auch begriffen, dass die Menschheit dringend Frieden braucht, um möglichst für alle ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten und die weitere Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch Krieg oder wirtschaftlichen und ökologischen Unverstand zu verhindern.

Erinnern wir uns der Satire „Nicht nur zur Weihnachtszeit...“(1952) von Heinrich Böll. Da sitzt der „silbrig gekleidete rotwangige Weihnachtsengel“ in der Spitze des festlich geschmückten Weihnachtsbaums, der über eine längere Zeit in der Wohnstube stehen gelassen wurde, und flüstert „kraft eines konsequent gehüteten mechanischen Geheimnisses in gewissen Abständen“ sehnsüchtig, aber erfolglos „Frieden, Frieden“. Er hätte heute noch keinen Grund, mit einem kräftigen, jubelnden Halleluja den Frieden zu begrüßen. Trotzdem sollten wir Alten schon wegen unserer Kinder und Enkelkinder nie die Hoffnung auf Frieden aufgeben und uns weiter für den Frieden einsetzen, und eben nicht nur zur Weihnachtszeit.

Human ist der Mensch, für den der Anblick fremden Unglücks unerträglich ist und der sich sozusagen gezwungen sieht, dem Unglücklichen zu helfen.

Voltaire (1691-1778)

Aus der Senioren-Vertretung der Stadtgemeine Bremen

Flughafen minimiert Sitzgelegenheiten im Wartebereich !

Schon vor einigen Monaten klagten einige Seniorinnen/Senioren darüber, dass im Bereich des Ausgangs für die in Bremen ankommenden Fluggäste keine Sitzgelegelegnheiten mehr zu finden sind, außer denen, die von zwei Bistros angeboten werden. Das bedeutet: Man kann zwar sitzend warten, aber ist dann gezwungen, irgendetwas zu verzehren. Andernfalls muss man stehend auf Angehörige oder Freunde warten. Für Rollstuhlfahrer mag man das akzeptieren können, für alle anderen gehbehinderten und besonders für alte Menschen ohne und mit Gehhilfen (Arm des Partners, Handstock, Rollator) wird das Warten sehr mühevoll. Auch an anderen Stellen hat sich nach unseren Beobachtungen die Zahl der Sitzmöbel verringert. Ein Mitarbeiter des Flughafens deutete an, man habe die Stühle, die dort seit Jahren standen, weggeräumt, weil sie nachts zur Übernachtung missbraucht worden seien. Vielleicht waren das Obdachlose, vielleicht hing es auch zusammen mit den häufigen Streiks im Flugverkehr.

Wie dem auch sei, dieser Zustand ist besonders für behinderte und ältere Besucher und Kunden eine üble Zumutung. Die Bremer Seniorenvertretung hatte bereits nach den ersten Klagen über den im Flughafenfoyer aushängenden „Kummerkasten“ und bei einem Gespräch eines Vorstandsmitglieds mit der Flughafenleitung auf

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

diese unglückliche Lösung hingewiesen und darum gebeten, für Sitzgelegenheiten zu sorgen. Eine offizielle Reaktion gegenüber der SenV blieb aus, ebenso die Beseitigung dieses Übels.

Nach weiteren Beschwerden hat nun die SenV am 06.11.15 ein diesbezügliches Schreiben an das Management des Flughafens gesandt. Darin wird auf die Mängel hingewiesen und darum gebeten, den Kundendienst und den Grad der Barrierefreiheit im Airport Bremen zu überprüfen. Die SenV ist der Meinung, dass fehlende Sitzmöglichkeiten (ohne Genußzwang) die Barrierefreiheit erheblich einschränken. Die jetzt vermissten Sitzgelegenheiten waren bisher viele Jahre hilfreich im Einsatz. Es lassen sich gewiss Ideen finden, einen Imageverlust bezüglich des Kundendienstes zu vermeiden.

Die SenV bittet auch, das allgemeine Bemühen der Stadt Bremen, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu schaffen, durch die Wiedereinrichtung der ehemaligen Sitzgelegenheiten zu unterstützen. Es wurde auch die Bereitschaft signalisiert, mit dem Flughafen über diese Angelegenheit ein klärendes Gespräch zu führen.

Aus den Arbeitskreisen

Nach der ersten konstituierenden Delegiertenversammlung am 30.09.15 veranstalteten auch die Arbeitskreise jeweils ihre erste konstituierende Sitzung. Wegen Raummangels im Hause der Sozialsenatorin (Tivoli-Hochhaus) fanden die Treffen im **Ansgaritorsaal**, Wegesende 23, 28195 Bremen statt. Voraussichtlich wird es vorläufig auch bei diesem Tagungsort bleiben.

Im Mittelpunkt standen die **Wahlen** der Funktionsträger. Das Ergebnis:

AK Bauen, Wohnen und Verkehr

Sitzung: Dienstag, 27.10.2015, 14.30-16.15 Uhr
Sprecher: Ernst Benthien
stellv. Sprecher: Klaus-Peter Jonitz
Schriftführer: Egon Frerich

AK Pflege und Gesundheit

Sitzung: Dienstag, 03.11.2015, 14.30-17.15 Uhr
Sprecherin: Elke Scharff
stellv. Sprecher: Wolfgang Helfst
Schriftführerin: Magda Maibaum

AK Programme und Öffentlichkeitsarbeit

Sitzung: Dienstag, 10.11.2015, 14.30-16,35 Uhr
Sprecher: Bernd Gosau
stellv. Sprecherin: Karin Neumann-Mahlkau
Schriftführer: Heinz-Dieter Ahlers

AK Seniorenpolitik und Soziales

Sitzung: Dienstag, 24.11.2015, 14.30-16.15 Uhr
Sprecher: Dr.Andreas Weichelt
stellv. Sprecher: Dietmar Stadler
Schriftführer: Henry Spradau

Unter dem Tagesordnungspunkt „Gesprächsrunde – zukünftige Arbeit des Arbeitskreises“ wurden in allen Sitzungen die zukünftigen Schwerpunktsthemen und Arbeitsweisen diskutiert. Anfang des Jahres 2016 wird dazu noch eine Sondersitzung stattfinden. Weitere Informationen sind in den jeweiligen Protokollen zu lesen.

Unabhängige Patientenberatung muss unabhängig bleiben !

Der AK „Pflege und Gesundheit“ hat auf seiner Sitzung am 03.11.15 beschlossen, dass sich die Bremer Seniorenvertretung für die Erhaltung einer unabhängigen Patienberatung einsetzt. Die Entscheidung des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten, Karl-Josef Laumann, die Patientenberatung an kommerzielle Dienstleister zu vergeben, wird abgelehnt, weil dann keine unabhängige Beratung mehr stattfindet. In einem Schreiben des Vorstands an Laumann wird gefordert, seine Entscheidung noch einmal zu überdenken und zurückzunehmen, damit Patientenberatung auch künftig von einer Organisation durchgeführt wird, die unabhängig und den Interessen der Patientinnen/Patienten verpflichtet ist.

Außerdem wird der Vorstand gebeten, den politischen Vertretern aller Bürgerschaftsparteien die Forderung der SenV zuzuleiten.

Universität Bremen

NAB Neuropsychological Assessment Battery®

Demenz-Studie

Im Projekt NAB (Neuropsychological Assessment Battery) wurde im Zentrum für Klinische Psychologie und Rehabilitation der Universität Bremen unter Leitung von Prof. Dr. Franz Petermann eine neue Testbatterie für die umfassende neuropsychologische Diagnostik entwickelt. Dieses etablierte Testverfahren wird nun mit verschiedenen neurologischen Patientengruppen überprüft. Dafür sucht die Universität Patientinnen/Patienten mit diagnostizierter **leichter bis mittelschwerer Demenz**. Um die einzelnen Voraussetzungen für die Teilnahme zu überprüfen, wird eine Kopie des anonymisierten Arztbriefs mit der Diagnose benötigt.

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 7)

Die Teilnahme an der Testung ist freiwillig. Es werden Testaufgaben rein auf Verhaltensebene eingesetzt, die in einem Gespräch oder mit Papier und Bleistift mit jedem Patienten einzeln bearbeitet werden. Alle eingesetzten Aufgaben erfassen nur die offensichtliche Leistung, es gibt keine versteckten Aufgaben. Die Untersuchung ist für die Teilnehmer sehr abwechslungsreich und umfasst Aufgaben aus den Bereichen Aufmerksamkeit, Sprache, Gedächtnis, Wahrnehmung und Planungsfähigkeit. Dabei wird ein Teil der Testbatterie NAB (2 mal 45 Min) und zusätzlich der Demenztest CERAD (45 Min) bei Patienten mit leichter bis mittelschwerer Demenz durchgeführt. Die gesamte Testung dauert etwa 3 Stunden. Sie wird aber auf 2 (oder auf Wunsch mehr) Termine aufgeteilt, um die Belastung so gering wie möglich zu halten.

Die Auswahl der Demenzpatienten erfolgt über die Angehörigen und nur mit schriftlichem Einverständnis der gesetzlichen Betreuer. Die Untersuchung wird bei den Bewohnern vor Ort durchgeführt. Die Teilnehmer der Testprüfung bzw. deren gesetzliche Betreuer erhalten auf Wunsch ihre Ergebnisse innerhalb einer Woche. Es werden die aktuellen kognitiven Fähigkeiten der Patienten erhoben und eingeschätzt. Zudem wird eine objektivierte langfristige Verlaufskontrolle angeboten.

Alle Untersuchungen werden ausschließlich von sehr sorgfältig geschulten ProjektmitarbeiterInnen durchgeführt. Für einfühlsamen und angemessenen Umgang mit den Patientinnen/Patienten sind die MitarbeiterInnen zusätzlich durch vorherige Praktika unter neuropsychologischer Leitung qualifiziert.

Wer an einer Teilnahme interessiert ist, wende sich bitte an folgende Adresse:

Universität Bremen: Zentrum für Klinische Psychologie und Rehabilitation
Dr. Mona Bornschlegl, Tel.: 0421-218-68675
E-Mail: m.bornschlegl@uni-bremen.de
Grazer Str. 6, Raum 1410

Wegweiser für Flüchtlinge und Helfer

Karin Fricke, Mitglied der Landesseniorenvertretung Bremen im Rundfunkrat, informierte den Vorstand über eine Initiative der Intendantinnen/Intendanten der ARD, „noch stärker zu kooperieren, um Flüchtlingen und Helfern ein vielfältiges mediales Serviceangebot zur Verfügung zu stellen. Flüchtlingen soll dies die Orientierung in unserem Land erleichtern und die vielen – ehrenamtlichen wie professionellen – Helfer bei ihrer Arbeit unterstützen“. Zwar stehe augenblicklich die Sorge um Unterkunft und Verpflegung der Asylsuchenden im Vordergrund, aber es sei absehbar, dass es auch gelingen müsse, diese hier zu integrieren. Der „Wegweiser für Flüchtlinge und Helfer“ findet sich unter dem Link: www.refugees.ard.de

Das Angebot ist aus der Nutzerperspektive konzipiert. Es enthält Hinweise auf Onlinesprachkurse und alltagspraktische Hinweise über Deutschland. Außerdem gibt es Informationen zur Orientierung in der deutschen Gesellschaft, zum Gesundheitswesen und zum Schulsystem. Auf Unterseiten sind Nachrichten und Hintergründe zu Themen aus einzelnen Regionen abrufbar, teils auch in englischer und arabischer Sprache.

Für Asylsuchende im Lande Bremen bietet Radio Bremen spezifische Informationen an unter: **www.radiobremen.de/politik/dossiers/flüchtlinge/helfen100.html**

Ein weiteres Angebot findet sich auf „“Refugee Radio“ im Funkhaus Europa: **http://www.funkhauseuropa.de/sendungen/refugeeradio/index 184.html**

Aus dem Seniorenbeirat der Seestadt Bremerhaven

Bessere Pflege durch die neuen Wortschöpfungen “Pflegebedürftigkeitsbegriff“ und “Pflegeverstärkungsgesetz“?

Auf der diesjährigen Klausurtagung am 12.11. 2015 im Marschenhof in Wremen hat sich der Seniorenbeirat der Stadt Bremerhaven schwerpunktmäßig mit den Pflegestärkungsge-

(**Foto:** SB Bremerhaven)
Teilnehmer der Klausurtagung in Wremen

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

setzen I und II und deren Auswirkung auseinandergesetzt. Susanne Schur vom Malteser Hilfsdienst e.V. aus Bremerhaven und Karsten Hartmann vom Pflegestützpunkt Bremerhaven standen uns als Referenten zur Verfügung.

Frau Schur zeigte kurz die Entstehung und Veränderungen der Pflegeversicherung seit 1995 auf, bevor sie das Pflegestärkungsgesetz I vom 01. 01.2015 erläuterte. Mit diesem Gesetz wird u.a. die bisherige Zuwendung aus der Pflegekasse oder Pflegeversicherung durchschnittlich um 4 % erhöht. Den Demenzkranken mit der Pflegestufe 0 wird eine teilstationäre Tages- oder Nachtpflege oder eine Kurzzeitpflege zugebilligt. Zur Finanzierung der Ausgaben wird der Beitrag um 0,3 % erhöht.

Im Pflegestärkungsgesetz II, so Frau Schur, wird nicht mehr von den Pflegestufen gesprochen. Durch das neue Wort "Pflegegrade" soll eine klare Differenzierung mit dem Begriff "Pflegebedürftigkeit" zum Ausdruck gebracht werden.

Die Pflegebedürftigkeit ist eine Beeinträchtigung der Selbständigkeit oder Störung der Fähigkeit in den Bereichen: Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeit, Verhaltensweisen und psychische Problemlagen, Selbstversorgung, Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen sowie Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte. Die Neueinstufung in die Pflegegrade wird weiter durch eine Begutachtung ermittelt. Die Pflegebedürftigen, die bereits eine Pflegestufe haben oder bis zum 31. 12.2016 erhalten, werden ohne Begutachtung zum 01. 01. 2017 einem Pflegegrad zugeordnet. Bei Umstufungen durch den Verschlechterungszustand steigt die Zuzahlung nicht mehr. Zur Finanzierung des neuen Gesetzes und zur Bildung eines Rücklagenfonds von jährlich 1 Mrd.€ wird der Beitrag zum 01.01.2017 um 0,2% erhöht. Ob die Beitragserhöhung um insgesamt 0,5% bei unserer älter werdenden Bevölkerung ausreicht, konnte in der Diskussion nicht geklärt werden.

Herr Hartmann stellte die Aufgaben des Pflegestützpunkts vor. Er betonte, dass die Einrichtung für eine kostenlose, neutrale und unabhängige Beratung in Sachen "Pflege" jedem zur Verfügung steht. Die Mitarbeiter informieren über eine Vielzahl von Hilfs- und Unterstützungsangeboten. Die Beratung kann auch telefonisch oder zuhause stattfinden. Frau Schur und Herr Hartmann stehen bei Bedarf allen Senioreneinrichtungen in Fragen von Pflegeangelegenheiten zur Verfügung.

Nach dem Mittagessen haben wir die Möglichkeit genutzt, um mit Herrn Stadtrat Klaus Rosche, zuständig für das Sozialamt, Amt für Jugend, Familie und Frauen sowie das Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik, und mit seiner Amtsleiterin, Frau Astrid Henriksen, über die Seniorenarbeit im Allgemeinen und zur Lage der Seniorentreffpunkte im Besonderen ein sehr offenes, ehrliches Gespräch zu führen.

Eine Frage blieb ungeklärt: Warum wurde im Koalitionsvertrag von SPD und CDU mit keiner Silbe das Wort "Senioren", wie auch immer, erwähnt?

Anlässlich der Kommunalwahl am 10. Mai 2015 fand auch die Wahl zum Rat ausländischer Mitbürger (RaM) statt. Mit Herrn Daniel Soares, dem gewählten Sprecher des RaM, wurde über eine mögliche Zusammenarbeit diskutiert. Herr Soares berichtete, dass türkische Volksgruppen Seniorenarbeit betreiben. Der Ansprechpartner ist Ayhan Gündogdu. Der Seniorenbeirat wird mit Herrn Gündogdu Kontakt aufnehmen und über eine evtl. Zusammenarbeit sprechen.

Wolfgang Schröter

Die Redaktion des „Durchblick" und der Vorstand der Bremer Seniorenvertretung wünschen allen Leserinnen und Lesern und ihren Familien ein friedliches, fröhliches Weihnachtsfest und ein glückliches, vor allem gesundes Jahr 2016!

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:
Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK**
erscheint monatlich auch im Internet unter
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Huzurevi seçiminde koşullar uymalı

Şayet bakıma ihtiyacı olan artık kendi evinde ailesi tarafından ya da profesyonel bakılamıyorsa bu durumda ne yazık ki tek seçenek olarak bir huzurevinde konaklama kalıyor. Seçim için imkanlar çevrede oldukça çok.İyi yönetilen bir yer olup olmadığının çabuk bir şekilde açıklığa kavuşturulması gerekmektedir. Hastalar bu tür bir bakım için yüksek bir ücret ödüyorlar, halbuki 50-60% bu maliyetleri her emekli tamamen karşılayamıyor. Bu durumda akraba veya sosyal yardım dairesi kendilerine maddi katkıda bulunuyor. Ucuz bakımda yatak yaraları ile yetersiz beslenme ve sıvı alımı eksikliği genellikle üzücü gerçekler arasında. Bazı huzur evlerinde tespit edilen ilaç veya iğne ile sakinleştirmede sessiz kalınıyor.

İzlenim kesinlikle yanlış değil,öyle veya böyle zihinsel ve fiziksel olarak sonu gelmiş çökmüş olan bakıma muhtaç bu kişiler için toplum , toplum dayanışması ve partiler, yaşlı bakımı konusunda çok az ya da hiç bir yatırım yapmak istemiyorlar . Aile bireylerinin genellikle , yakın akrabalarının konaklama ve bakımlarının kabul edilebilir olup olmadığını görebilmeleri için çok az zamanı var . Bakım yerlerinin iyi ya da kötü kurumlar olup olmadığı konusunda açıklama ihtiyacı var.

Gerçeklerin tesbitinde, verilen bakım notları dikkate alınmamalıdır çünki 2 ve daha kötü puan hiç verilmemiştir. Aşağıdaki koşullar yerine getirildiği takdirde, aile üyeleri bir yatılı bakım tesisine vicdanı rahat bir şekilde yatırılabilir ve bir sözleşme yapılabilir. Aşağıdaki noktalara dikkat edilmelidir:

- Akrabalar ve arkadaşlar için iyi ve hızlı erişilebilirlik restoranlar ve dükkanlara erişilebilirlik kadar önemlidir. Yani sosyal yaşama mümkün olduğunca yakın konaklama.
- Çok önemli olan konut, gıda ve eğlence durumlardır.
- Odaların temiz ve özel mobilyaların birlikte getirilip getirilemiyeceğinin açıklığa kavuşturulması gerekir. Yemek menüsü dengeli mi? Gıda ve içeceği yemek ötesine almak mümkünmü?
- Eğlence etkinlikleri, geziler, doğum günü partileri, diğerlerinin yanı sıra var mı ve bu tür aktiviteler gelecekte de var mı?
- İyi havalarda süreç nedir?Bakım personeli sakinler ile bahçede veya mevcut terasta gezinti yapıyormu?
- Odalarda ve koridorlarda koku izlenimi nedir?
- Tıbbi rutin doktor muayeneleri nasıl düzenlenmiştir?Düzenli olarak uzman doktorlar geliyormu?

Yaşlıların izole edilmemesi, huzur evleri gibi bu tür yerlerin sosyal merkezler haline getirilerek genç nesillerin de kültürel yaşamlarını kapsayarak birlikte yaşamaya ve bunu gerçekleştirmeye hazır olmalarıdır. Bu konuda maalesef politikacılarımızdan bir söz duyamıyorum.

Günter Steffen

(DURCHBLICK Nr. 186, S.1, Bei der Auswahl eines Pflegeheimes sollten die Voraussetzungen stimmen)

Demans girişimleri

Demans hepimizi ilgilendiren bir konudur. Demanslı kişilerin sayısı artıyor.
Bu nedenle ,demans olan insanlar ve aileleri için Bremen'de üç yerel kruluşa işaret etmek isterim. Bu girişimlerde gaye etkilenen insanların yaşam kalitesini arttırmak. Ülke çapında bu tür toplam 300 kuruluş var.
Bremen'de bakıcı akrabalar ve yaşlı kişiler için önemli bir yardım Demans Bilgi ve Koordinasyon Merkezi (Diks) 'dir. 2003 yılından bu yana var olan bu kuruluş , Bremen Eyaleti ve kısmen Bakım Sigortası fonlarından desteklenmektedir. Bağımsız bir danışma organı olup Bremen kentinde bütün kuruluşlar ile birlikte çalışır. Diğer özellikler:

- Demans alanındaki tüm konularda ücretsiz danışmanlık
- Bremen´de demans olan insanlar için imkanlar ve hizmetler hakkında bilgi verilir.
- Demanslı kişilerin yakınları için kendi kendine yardım gruplarına destek
- İlgili taraflara ve üyelerine üçer aylık dönemlerde gönderilen Bremen Demens Bülteni ,ücretsiz bir e-posta bilgileri de mevcuttur.

İletişim: Bahnhofstr. 32 (giriş, Philosophenweg!), 28195 Bremen, Telefonla Ulaşım:
Tanja Meier (0421) 14 62 94-44,
Stefanie Arndt Bosau (0421) 14 62 94-45
Helmut Schwertner (0421) 14 62 94 46

Diks'e bağlı başka bir kaynak Help-Line. Bu, kendi yakın sosyal çevrelerinde,demans konusunda ihtiyacı olan herkese,istenirse anonim olarak danışmanlık ve yardım için başvurabileceği telefon hizmetidir. Yaşlanmak çok güzel bir şey olabilir ve tek başına zor bir hayat durumu anlamına gelmez. Ama bazen düzenli olarak bir konuşma arkadaşına ihtiyaç olabilir.
Koordinatörleri Jutta Gräbner ve Gisela Ullrich
telefon: (0421) 7948498
Pazartesinden- Cumaya saat 14.00 den17.00 ye kadar
Helpline@sozialag.de e-posta
Web Sitesi helpline-bremen.de

(Devami sayfa 10)

(Sayfa devami 9)

Başka bir girişim Alzheimer Derneği Lilienthal ve çevresindedir. Bu, "diğer bakım hizmeti -niederschwelliges Btreuungangebot-" Aşağı Saksonya Eyaleti tarafından tanınan ve Bakım Sigortası (Bakım Performansı Değişiklik Yasası-Pflegeleıstungsergänzungsgesetz-) çerçevesinde, gruplar halinde ya da kendi ev alanında demanslı insanların bakımıdır. Danışma randevu ile veya e-posta yoluyla iletişime geçerek yapılmaktadır.
Kontak: Telefon: 0173/67 84 777
E-posta: info@alz-lilienthal.de
www.alzheimer-gesellschaft-lilienthal.de

Anna Möller

(DURCHBLICK Nr. 186, S.6, Demenzinitiativen)

Uluslararası suç çeteleri tarafından dolandırılma

Bir kaç defa, ben telefonda dolandırlmaya çalışıldım. Bu torun hilesi ile başladı. Sahtekarlar Oldenburg'dan aradı, ama yanlış kişiye denk geldiler. Benim torunlarım Berlin, Lübeck ve Münih'te bulunuyorlar. Sadece kardeşimin torunu Oldenburg'da, ama oda Norveç'te şuan.

Sonra garip bir şekilde cep telefonumdan aranıldım. Posta aktarım bölümünden biri arayıp yanlış adres nedeniyle postanın yolllanılamadığını söyledi. Benim o sırada yazıcı için renkli mürekkep siparişim olduğu için, adresimi verdim. Aramayı bitirdikten sonra, bana herşey çok garip geldi ve tanıdık bir başkomiseri aradım. Arayanın telefon numarası henüz telefonda olduğu halde başkomiser geri aramada başarılı olamadı. Tecrübelerine göre 14 gün içinde sahte isimle fatura gelebileceğini söyledi. İki hafta içinde birbirinden farklı olan ilk 90 € sonra 135 € ve son olarak195 € tutarında faturalar ortaya çıktı. Faturalar Prag'dan bir şirket tarafından posta ile Fulda'ya gönderilmiş. Üçüncü faturadan sonra dolandırıcılık için polise suç duyurusunda bulundum. Şirket yabancı bir şirket olduğundan muhtemelen hiçbir şey yapılamıyacak.

Başka bir durumda, DHL den internette ,benim için hazır teslimat için bir paket olduğu mesajı aldım,mesaj Polonya'dan gönderilmiş.

Ben hemen, başka bir komplikasyon olmasın diye internetten paketi reddettim.Ben tüm yaşlıları uyarmak amacıyla bu deneyimleri anlatıyorum, hemen şüpheli telefon görüşmelerini iptal etmeleri , hiçbir adres veya diğer bilgileri vermemeleri , hiçbir şey için telefonda pazarlık etmemeleri ve bilinmeyen posta kabulünü reddetmeleri ve aynı zamanda hiçbir şekilde ödeme taleplerine uymamaları için. Bu tür uluslararası bantların hileleri Alman polis ve mahkemeleri tarafından zorlukla izlenebilmekte.

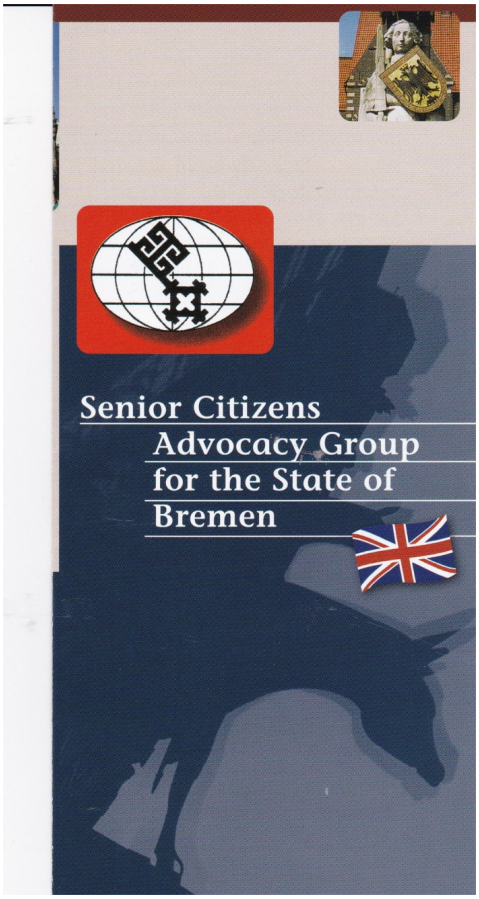
Ernst Benthien

(DURCHBLICK Nr. 187, S.7/8, Abzocke durch internationale Gaunerbanden)

İngilizce Broşür

Bremen Yaşlılar Temsilciliği tarafından göçmen kökenli yaşlı insanları bilgilendirmek için Türkçe ve Rusça broşür çıkarıldıktan sonra, şimdi de İngilizce bir broşür sunuluyor. Maliyet nedeniyle Bremen ´de tüm dillerde broşür çıkaramıyoruz ancak eski göçmenler arasında İngilizce konuşabilen çoktur düşüncesi ile çalışmalarımız hakkında bilgiye ulaşılabilineceğini umuyoruz. Broşür ,BremenYaşlılar Temsilciliği, Tivoli Hochaus, 4.Etg, Z.14, Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen, Tel .: (0421) 361 67 69 temin edilebilir.
seniorenvertretung@soziales.bremen.de

GF



(DURCHBLICK Nr. 187, S.8, Flyer in Englisch)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatskanzlei, Referat Integration)